

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – Förderung der praxisintegrierten Ausbildung für angehende Erzieher*innen fortsetzen

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 064.20 / 20.02.2020

Wir brauchen hoch qualifizierte und motivierte Kräfte

Sehr geehrte Damen und Herren,

PiA, also die praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieher*in, ist ein Erfolgsmodell. Das hat mehrere Gründe:

Erstens: Sie ist eine Chance für Menschen, die sich später im Leben für den Erzieher*innenberuf entscheiden. Voraussetzungen sind der mittlere Schulabschluss. Als berufliche Voraussetzungen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine dreijährige, einschlägige Berufstätigkeit. In begründeten Fällen auch die Hochschulreife plus einjährige, einschlägige Erfahrung, etwa ein Freiwilliges Soziales Jahr.

Zweitens: Die Vergütung macht die Ausbildung deutlich attraktiver für die Fachschüler*innen. Da es für diese Ausbildung eine Ausbildungsvergütung von 1100 Euro im ersten bis 1300 Euro im dritten Ausbildungsjahr gibt, können auch Menschen diese Ausbildung nutzen, die schon eine eigene Wohnung oder eine Familie haben und sich eine unbezahlte, dreijährige Ausbildung an einer Fachschule nicht leisten können.

Drittens: Da die angehenden Erzieher*innen einen Vertrag mit dem Kitaträger machen und sie wie in einer dualen Ausbildung in einer Kita als Ausbildungsstätte arbeiten, besteht von Beginn an eine enge Bindung zum Träger und zur Kita. Die Erfahrungen zeigen, dass die Fachschüler*innen auch nach der Ausbildung vielfach in der Kita weiter arbeiten. PiA ist auch deshalb ein gutes Modell, weil sie durch eine angemessene Vergütung die Wertschätzung für diesen Beruf erhöht.

Erzieher*innen sind oft die ersten Bezugspersonen außerhalb der Familie und sie haben eine hohe Verantwortung für einen gelingenden Start des Bildungsweges der Kinder. Deshalb brauchen wir hoch qualifizierte und motivierte Kräfte. Die Fachkräfteoffen-

sive des Bundes zur Förderung der praxisintegrierten Ausbildung war eine gute Maßnahme. Es hörte sich klasse an, dass der Bund zwei Jahrgänge in 2019 und 2020 fördern wollte. Immerhin mit 37.440 Euro pro Ausbildungsplatz.

Die Träger übernahmen einen Eigenanteil an der Vergütung von 30 Prozent im zweiten Jahr und 70 Prozent im dritten Jahr. Da die angehenden Erzieher*innen zum Teil auf den Personalschlüssel angerechnet wurden, war eine teilweise Refinanzierung über Personalschlüssel möglich.

Außerdem wurde die Qualifizierung der Anleiter*innen gefördert und der Bund zahlte an die Träger einen Aufstiegsbonus, wenn er besonders qualifizierte Erzieher*innen mit herausgehobenen Aufgaben bekam, beispielsweise als Koordinator*in für Kooperation mit der Grundschule. Ein gutes Konzept.

Der Andrang war groß, beim Bildungsministerium liefen die Drähte heiß, weil mehrere berufliche Schulen neue PiA-Klassen einrichten wollten. Es wurden auch zusätzliche Klassen eingerichtet, um den Bedarf zu decken. Insgesamt wurden 2019 bundesweit ungefähr 2500 Ausbildungsplätze gefördert.

Und dann im Dezember plötzlich der Rückzieher. War alles nicht so gemeint. Anstatt der 300 Millionen Euro für zwei Jahre für 5000 Fachschüler*innen, soll nach einem Durchgang und 160 Millionen Euro Schluss sein. Das ist keine verlässliche Politik.

Wir haben bundesweit und auch bei uns im Land einen deutlichen Erzieher*innenbedarf, auch weil wir die Qualität an unseren Kitas steigern wollen und zwei Fachkräfte in jeder Gruppe sein sollen. Das ist ein immens wichtiger Schritt zur Stärkung der frühkindlichen Bildung.

Um die Anstrengung zu stemmen, ist es wichtig, dass der Bund seine „Starthilfe“, wie es Ministerin Franziska Giffey nennt, noch ein weiteres Jahr weiter finanziert. Dies bitten wir die Landesregierung voranzutreiben.

Der Alternativantrag der SPD ist ein typischer Oppositionsantrag. Er sagt: Zahl doch selbst, liebe Landesregierung. Damit macht es sich die SPD zu einfach. Das Land übernimmt bereits Kosten für die PiAs, nämlich für die Lehrkräfte, die den Unterricht an den Fachschulen geben. Das Land übernimmt damit Verantwortung und macht sich keinen schlanken Fuß.

Ganz im Gegensatz zur Bundesregierung. Dabei ist der Kitabereich nicht der einzige, in dem der Bund die Länder alleine lässt. Beim Anspruch auf Ganztagsgrundschule will der Bund die Länder zur Umsetzung verpflichten. Aber der Bund stellt viel zu wenig Mittel zur Verfügung und auch nur für Investitionen. Partnerschaftlicher Umgang ist das nicht, liebe Kolleg*innen.

Das abrupte Auslaufen der Förderung für PiA hat die Träger und die Kommunen kalt erwischt. Ich bin Mitglied des Schulausschusses in Halstenbek und wir haben noch im Dezember eine Vorlage mit der Einrechnung von Bundesmitteln bekommen. Wir haben mit den neuen Infos ohne Bundesförderung trotzdem die Plätze zur Verfügung gestellt, je einen an unseren sieben Kitas, weil uns eine vorausschauende Personalplanung wichtig ist.

Dies haben einige Kommunen so gemacht. Das ist vorausschauende Kommunalpolitik. Und mit der neuen Kitafinanzierung oder dem neuen Finanzausgleich ergeben sich viel-

leicht auch noch Spielräume für die Kreise, die Kommunen zu unterstützen. Die praxisintegrierte Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Weitere Unterstützung ist wichtig. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.
